

Achimer sollen öfter nach ihrer Meinung gefragt werden

Einzelheiten der Bürgerbefragungen sind noch umstritten / Kann Ratsmehrheit zum Plebiszit gezwungen werden?

ACHIM (mb) ■ Nach den Kontroversen um den Gieschen-Kreisel war der Stadtrat übereingekommen, in Achim das Institut der Bürgerbefragung zu schaffen, um so im Vorfeld schon „Volkes Stimme“ zu hören. So hat die Stadtverwaltung jetzt auch eine Satzung vorgelegt, nach der der Rat Bürgerbefragun-

gen mit Ja-Nein-Entscheidungen beschließen kann und sie per Abstimmung im Rathaus stattfinden lassen kann. Der CDU reicht das nicht. Daniel Kornack möchte, dass schon ein Drittel des Rates eine solche Bürgerbefragung veranlassen kann. Ins Weltbild von Werner Meinken (SPD) passt das

nicht, denn damit werde die Legitimation der Ratsmehrheit angezweifelt und zu jeder Frage von Freibad bis Schweinemast Befragungen veranlasst. Meinken: „Wir sind doch gewählt, um uns zu positionieren und dafür gerade zu stehen.“ Auch Michael Schröter (Grüne) verwies auf die repräsentative

Demokratie und meinte, wenn eine Bürgerbefragung von zwei Dritteln des Rates abgelehnt werde, dann werde der Rat auch nicht deren Ergebnisse beachten. Die CDU-Forderung sei populistisch. Karlheinz Lichter (CDU) und Wolfgang Heckel (WGA) dagegen meinen, die Bürger sollten bei Entschei-

dungen früh „mitgenommen“ werden.

Rechtsrat Heinrich Föllnbach stellt dagegen klar, laut Gemeindeordnung dürfe das Bürgerplebiszit nur von der Ratsmehrheit beschlossen werden. Alles andere wäre rechtswidrig.

Das Thema wurde so noch einmal vertagt.